

WAHLKREISPOST SABINE BÄTZING LICHTENTHÄLER

Hallo Wahlkreis!

„Was läuft schief?“ – So lautet die Leitfrage, mit der die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag unter dem Motto „Fraktion im Dialog“ und mit einer ganzen Reihe von Formaten – Tür-zu-Tür-Besuche, Infostände, Diskussionsveranstaltungen und und und – ganz bewusst nach der Wahl ins Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern in den Wahlkreisen. In meiner Zeit als Bundestagsabgeordnete habe ich in „Nicht-Wahl-Zeiten“ selbst Tür-zu-Tür-Besuche in meinem damaligen Wahlkreis gemacht und begrüße diesen Ansatz deshalb auch ausdrücklich. Es ist wichtig, dass wir gewählten Volksvertreter unser Ohr immer bei unserem „Arbeitgeber“, dem Volk, haben, um die vielen Anregungen, aber auch die Kritik, die wir von den Bürgerinnen und Bürgern bekommen, ganz konkret in unsere Arbeit als Parlamentarier einfließen lassen können. Wie wichtig das ist, merke ich selbst immer wieder in meinen Bürgersprechstunden, die ich regelmäßig in meinem Wahlkreis anbiete. Gerne nutze ich deshalb die Gelegenheit, euch nochmals herzlich zu einer Bürgersprechstunde einzuladen, wenn wir einmal Bedarf für ein Vier-Augen-Gespräch mit mir habt. Wie das geht? Ganz einfach! Nehmt Kontakt mit meinem Wahlkreisbüro auf (E-Mail: post@baetzing-lichtenthaeler.de – Tel.: 02741/25454) und wir vereinbaren einen Termin. Leider kann ich nicht in wirklich jedem Fall konkret weiterhelfen, aber ich habe es noch in jedem Fall versucht – und oft waren mein Team und ich dabei auch erfolgreich. Es muss aber nicht zwingend ein Problem sein, dass euch umtreibt. Auch für einen Austausch zu aktuellen politischen Themen stehe ich euch gerne zur Verfügung. Also: Ich freue mich von euch zu hören!

Nun aber erst einmal: Viel Spaß mit der heutigen „Wahlkreispost“!
Eure Sabine



SPD-FRAKTION „IM DIALOG“ MIT DEN BÜRGERN

Nahles: „Wir klingeln nicht nur vor Wahlen an den Türen“

Zuhören, verstehen, handeln: Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag will wissen, warum sozialdemokratische Politik viele Menschen nicht mehr erreicht. Was läuft schief?

Deshalb schwärmen die SPD-Abgeordneten aus in ihre Wahlkreise. Unter dem Motto „Fraktion im Dialog“ wollen sie mit den Bürgerinnen und Bürgern in den nächsten Jahren ins Gespräch kommen, hören, wo der Schuh drückt, verstehen, was die Menschen auf dem Herzen haben und dann im Bundestag entschlossen handeln. Die Aktionen sind vielfältig: Es sind Tür-zu-Tür-Gespräche, Infostände, Versammlungen oder Vereinstreffen. Auftakt ist die Woche vom 13. bis 19. November 2017.

Bürgerinnen und Bürger können ihre Vorschläge und Anmerkungen auch auf der Website der SPD-Bundestagsfraktion unter www.spdfraktion.de/dialog hinterlassen. Im Kern geht es um die Fragen:

- Wofür soll sich die SPD-Fraktion im Bundestag einsetzen?
- Welche Probleme muss die Politik endlich anpacken?
- Wie gewinnt die SPD-Fraktion wieder stärkeres Vertrauen bei den Menschen?



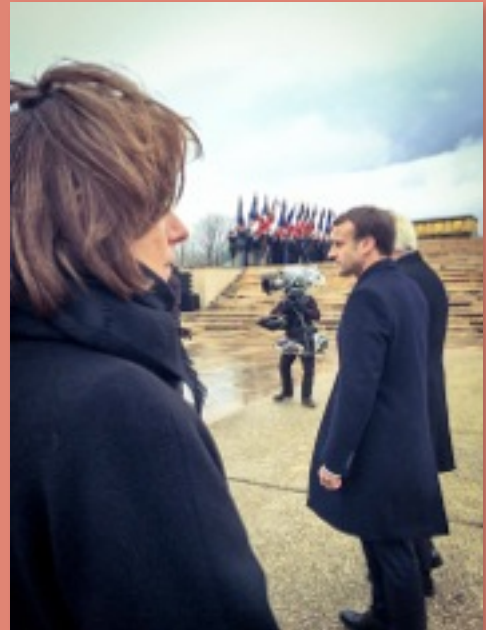
Andrea Nahles, Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, sagt: „Wir wollen dazu beitragen, dass im Parlament die Themen zur Sprache kommen, die die Menschen bewegen. Die Fragen und Probleme, die sie bei sich zu Hause am Küchentisch diskutieren.“

Das Parlament muss der Ort sein, an dem alle Menschen gut vertreten werden. Nahles: „Als SPD-Bundestagsabgeordnete sind wir für die Leute in der Region die direkten Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner. Wir klingeln nicht nur vor Wahlen an den Türen. Wir wollen auch zwischen den Wahlen mit den Menschen im Gespräch bleiben und ihre Anregungen mit in den Bundestag nehmen.“



ZEICHEN DER AUSSÖHNUNG UND FREUNDSCHAFT

„Mir ist es sehr wichtig, mit Staatspräsident Emmanuel Macron und Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier ein starkes Zeichen für die Aussöhnung und Freundschaft zwischen Franzosen und Deutschen zu setzen“, betonte Ministerpräsidentin Malu Dreyer, die an der Gedenkzeremonie auf dem Hartmannsweilerkopf teilnahm. „Das ist für mich eine hohe Auszeichnung und zugleich Verpflichtung, weiter in Freundschaft zusammen zu arbeiten.“ Gemeinsam mit Schülerinnen und Schülern aus beiden Ländern gedachten sie der 30.000 Soldaten, die dort im ersten Weltkrieg in einem menschenverachtenden Stellungskrieg ihr Leben verloren haben. Vor der offiziellen Einweihung der neuen Museums- und Gedenkstätte traf die Ministerpräsidentin die beiden Präsidenten zu einem Gespräch, bei dem es neben Verständigung und Aussöhnung auch um rheinland-pfälzische Themen in den Beziehungen zu Frankreich ging.



„Wir müssen die Erinnerung an diesen schlimmsten Irrweg der deutsch-französischen Geschichte aufrechterhalten. Denn diese ist eine große Verantwortung für die gemeinsame Zukunft“, so Ministerpräsidentin Malu Dreyer. Das Zusammentreffen an diesem Ort sei nicht nur ein symbolischer Akt, das Zusammentreffen insbesondere der jungen Generation bilde das Fundament für ein friedliches Miteinander. „Heute sind unsere Beziehungen eng und freundschaftlich. Aus Feinden sind gute Nachbarn und enge Partner geworden, die grenzüberschreitend auf vielen Feldern zusammen arbeiten. Mit der Region Grand-Est in der Oberrheinkonferenz und der Großregion, in der Partnerschaft mit Burgund Franche-Comté und im kommunalen Austausch mit unseren direkten Nachbarn leben wir die deutsch-französisch Freundschaft“, sagte die Ministerpräsidentin.

„Es sind oft die vermeintlich kleinen Dinge, die sich die Menschen im Alltag der Grenzregionen wünschen“, betonte Ministerpräsidentin Malu Dreyer. In vielen konkreten Projekten über die Grenzen hinweg werde an Lösungen gearbeitet, die den Alltag der Menschen erleichtern, beispielsweise beim regionalen Schienenverkehr über nationale Grenzen hinweg. Zum Bewusstsein, in einem gemeinsamen Raum trotz unterschiedlicher Nationalitäten zu leben, gehöre es maßgeblich, das Interesse am bestehenden Schüleraustausch, an gemeinsamen Studiengängen und Ausbildungsabschnitten weiter zu vertiefen und neuen Entwicklungen anzupassen. Als einen wichtigen Schritt bezeichnete die Ministerpräsidentin die Entscheidung von Staatspräsident Macron, die zwischenzeitliche Schwächung der deutschen Sprache in einigen französischen Schulformen weitgehend zurückzudrehen. „Es ist unsere gemeinsame Überzeugung, dass Verständigung und Verständnis auch mit der Kenntnis der Sprache des Nachbarn elementar zusammenhängen“, so die Ministerpräsidentin.

DREYER WIRBT FÜR BERUFLICHE WEITERBILDUNG

Qualifizierung im Fokus des 17. Betriebs- und Personalräteforums

Ein kontinuierliches Lernen – dafür hat Ministerpräsidentin Malu Dreyer beim 17. Betriebs- und Personalräteforum am vergangenen Montag in Mainz plädiert. „Die berufliche und betriebliche Weiterbildung ist von zentraler Bedeutung, um die Qualifikationen der Beschäftigten zu erhalten und auszubauen“, sagte die Ministerpräsidentin vor Vertreterinnen und Vertretern von Politik und Betriebs- und Personalräten sowie Gewerkschaften aus ganz Rheinland-Pfalz in der Mainzer Opel-Arena.

Die Digitalisierung der Arbeitswelt verändere viele Arbeitsabläufe grundlegend. Dies bedeute für die Beschäftigten neue Anforderungen. Statt reinem Faktenwissen, das immer stärker im Netz verfügbar sei, seien Kreativität, Flexibilität und die Bereitschaft zur Übernahme von Eigenverantwortung gefragt. „Die Herausforderung besteht darin, den Menschen dabei zu helfen, ihre Kompetenzen an die veränderten Rahmenbedingungen anzupassen“, sagte die Ministerpräsidentin in ihrer Ansprache. Die Betriebs- und Personalräte rief sie dazu auf, hierzu selbst Konzepte einzubringen und auf weiterbildungsrelevante Probleme aufmerksam zu machen.



Mit kleinen „Stupsern“ könne man das Verhalten von Menschen beeinflussen, zitierte Ministerpräsidentin Malu Dreyer den amerikanischen Wirtschaftsnobelpreisträger Richard Thaler. „Ebenso können Sie Ihre Kollegen und Kolleginnen dazu bringen, das Richtige zu tun“, ermunterte sie die Betriebs- und Personalräte: „Geben Sie Ihnen kleine Stupser, damit sie aktiv in Veränderungsprozesse einbezogen werden, ihre Motivation gefördert und sie somit auf ihrem Qualifizierungsweg unterstützt werden!“ Veränderungen und neue Anforderungen in Unternehmen müssten zusammen mit den Betriebs- und Personalräten entwickelt und in den Betrieben verankert werden.

Auch Arbeitsministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler betonte, es sei wichtig, die Digitalisierung nicht einfach nur zur Kenntnis zu nehmen, sondern sie aktiv politisch zu gestalten. Dazu müssten sowohl die mit der Entwicklung einhergehenden Belastungen als auch die Früchte dieses Fortschritts gerecht verteilt werden. Zudem müsse dafür Sorge getragen werden, dass möglichst alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit der Entwicklung Schritt halten können. „Mit dem Masterplan ‚Zukunft der Arbeit in Rheinland-Pfalz‘, den wir zusammen mit den Partnern des

Ovalen Tisches der Ministerpräsidentin erarbeiten, wollen wir zeigen, dass genau das möglich ist, nämlich die Digitalisierung im Interesse aller zu gestalten“.



Das rheinland-pfälzische Bildungsfreistellungs-gesetz, das Beschäftigten die Teilnahme an Weiterbildungsveranstaltungen ermögliche, sei in den Jahren 2015/2016 von etwa 23.000 Menschen in Anspruch genommen worden,

überwiegend für die berufliche Weiterbildung, berichtete Ministerpräsidentin Malu Dreyer. Damit sei dieses Instrument von großer Bedeutung für die Fachkräftesicherung. Außerdem habe die Landesregierung hierzu ein Weiterbildungsportal gestartet. Auch die Initiative des Ovalen Tisches „Nach vorne führen viele Wege“ stelle die Vielfalt der Bildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten im Land dar.

Ebenso wichtig wie die Weiterbildung seien gute Arbeitsbedingungen und faire Löhne, so Dreyer. Diese seien nur gemeinsam mit den Gewerkschaften zu erreichen, in einer funktionierenden Sozialpartnerschaft.

ZWISCHENBILANZ BEI „GESUNDHEIT UND PFLEGE 2020“

Landesprogramm wird 2018 fortgeführt und weiterentwickelt

Das Zukunftsprogramm „Gesundheit und Pflege – 2020“ der Landesregierung zielt auf die Sicherstellung der medizinischen und pflegerischen Versorgung in allen Teilen des Landes ab. In enger Zusammenarbeit mit den Partnerinnen und Partnern des Gesundheitswesens und der Pflege werden neue Konzepte erprobt und Modellprojekte durchgeführt. Für diese Aufgabe stellt die Landesregierung im Doppelhaushalt jährlich 1,8 Millionen Euro zur Verfügung.

Auf Einladung von Gesundheitsministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler und Gesundheitsstaatssekretär David Langner kamen in Mainz die Projektpartnerinnen und -partner zu einem Runden Tisch zusammen und zogen eine Zwischenbilanz des 2014 gestarteten Zukunftsprogramms „Gesundheit und Pflege – 2020“. Im Fokus standen dabei die Projekterfahrungen, mit dem Ziel, darauf aufzubauen und mögliche neue Handlungsfelder und Zukunftsperspektiven zu entwickeln. „Angesichts unserer älter werdenden Gesellschaft brauchen wir innovative Lösungen, um eine gute flächendeckende medizinische und pflegerische Versorgung im ganzen Land auch in Zukunft sicherstellen zu können. Die Bilanz macht deutlich, dass wir viel erreicht haben: Wir haben in gelungener Kooperation innovative Projekte entwickelt, Impulse gegeben und Erfahrungen gesammelt. Gemeinsam mit unseren Partnerinnen und Partnern gilt es jetzt darauf aufzubauen. Deswegen werden wir im kommenden Jahr das Zukunftsprogramm weiterentwickeln“, so Bätzing-Lichtenthäler

Bei dem Treffen wurde eine Auswahl erfolgreicher Projekte aus verschiedenen rheinland-pfälzischen Regionen vorgestellt. „Vor allem unsere Telematik-Projekte bieten vielfältige Möglichkeiten, via Telemedizin schnell die Expertise von Spezialisten in medizinischen Zentren nutzen zu können. Dies kann besonders für die medizinische Versorgung im ländlichen Raum, beispielsweise bei einem Schlaganfall oder einer psychischen Erkrankung, sehr wichtig sein“, so Ministerin und Staatssekretär.

Björn Daum von der Rhein-Mosel-Akademie Andernach präsentierte das Telematik-Projekt „Digitaler Krisenanker – audiovisuelle psychiatrische Betreuung“. Dieses Projekt ermöglicht vor allem in ländlichen Regionen mit einem vergleichsweise geringen Aufwand ein wirksames onlinestütztes audiovisuelles Gesprächsangebot für Patientinnen und Patienten in der ambulanten Behandlung. Da sich die Nutzung im Alltag und im Krisenfall bewährt hat, kündigte die Rhein-Mosel-Fachklinik an, dieses Projekt in die Regelbehandlung zu integrieren.



Prof. Dr. Armin Grau von der Neurologischen Klinik im Klinikum Ludwigshafen stellte die telemedizinische Schlaganfallversorgung in Rheinland-Pfalz vor. Seit dem 1. April 2016 läuft das Telestroke-Netzwerk Rheinland-Pfalz. Durch die neurologische Tele-Beratung können Schlaganfälle in den teilnehmenden Krankenhäusern im ganzen Land rund um die Uhr sicher erkannt und auf fachlich höchstem Niveau therapiert werden. Dadurch wird die Schlaganfallversorgung im Land nachhaltig verbessert.

Wohn-Pflege-Gemeinschaften sind eine gute Möglichkeit, im Alter auch mit Unterstützungsbedarf in der vertrauten Umgebung wohnen bleiben zu können. Mit dem Projekt „WohnPunkt RLP“ unterstützt die Landesregierung Kommunen, Bürgervereine, Genossenschaften und Stiftungen bei der Entwicklung solcher Angebote. Thomas Pfundstein von der Landeszentrale für Gesundheitsförderung in Rheinland-Pfalz (LZG) informierte den Runden Tisch über die Serviceleistung des Landes zu „Wohn-Pflege-Gemeinschaften fürs Dorf“. Hier werden speziell Dorfgemeinschaften bis 5.000 Einwohner gefördert. Zwischenzeitlich gibt es bereits 28 solcher Wohn-Punkt-Kommunen im ganzen Land. Das erfolgreiche Projekt wird auch 2018 weitergeführt.

KREIS-SPD GING ZUR KLAUSUR INS KLOSTER

Themenfelder abgesteckt – Erneuerung der SPD diskutiert

Die Kernforderung einer solidarischen Gesellschaft, in der alle Menschen am Fortschritt teilhaben und gute Lebensbedingungen vorfinden, zog sich wie ein roter Faden durch die gemeinsame Klausurtagung der SPD-Kreistagsfraktion und des geschäftsführenden Kreisvorstandes im Kloster Marienthal.

Diese Gedanken auf die Kreispolitik zu transformieren und die Menschen im AK-Land dabei mitzunehmen, stellte sich als anspruchsvolles Vorhaben heraus. Am Ende war es gelungen, unter den Überschriften „Wohnen und Arbeiten im Kreis Altenkirchen“, „Digitalisierung der Gesellschaft“ sowie „Mobilität für Jung und Alt – heute und in Zukunft“ Themenfelder zu beschreiben, auf die in der kommenden Zeit besonderes Augenmerk gesetzt werden soll.

Dazu haben sich die Sozialdemokraten verschiedene Maßnahmen und Veranstaltungen auf die To-Do-Liste gesetzt. So will man zukünftig Experten- und Interessengruppen stärker in den Meinungsbildungsprozess einbinden. Bei der Suche nach tragfähigen Lösungen dürfe man auch vor „unangenehmen Diskussionen“ nicht zurückschrecken.



„Beim Thema Kreisstraßen sollten wir uns ehrlicherweise die Frage stellen, ob auch solche unbedingt erhalten werden müssen, die allenfalls die Bedeutung eines Wirtschaftsweges haben“, erklärte der SPD-Kreisvorsitzende Andreas Hundhausen.

Die Teilnehmer zeigten sich entschlossen, nach der verlorenen Bundestagswahl weiter für die Menschen aktiv zu bleiben. Der Landtagsabgeordnete Heijo Höfer brachte es auf den Punkt: „Wo andere von Wettbewerb reden und letztlich die gesellschaftlichen Gruppen gegeneinander auszuspielen versuchen, steht bei uns die Solidarität der Gesellschaft im Vordergrund. Das muss auch so bleiben.“



Die Spitze von SPD-Kreisverband und -Kreistagsfraktion stellte auf ihrer Klausurtagung im Kloster Marienthal zukünftige Themenschwerpunkte auf.